

Grundsatzprogramm



Wir kämpfen für eine bessere Gesellschaft

Campusgrün Bundesverband blicken wir zurück auf über 20 Jahre Einsatz & Aktivismus für 'Grün-Alternative' Politik an den Hochschulen, Universitäten und ... hinaus!

In der Präambel unserer Satzung legen wir uns darauf fest, für die Verwirklichung einer Gesellschaft einzutreten, "in der sozialen Gerechtigkeit herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird", in Grundsatzprogramm wollen wir nun skizzieren, wie wir uns eine solidarische, feministische, ökologische, gewaltfreie und emanzipatorische Welt vorstellen.

Die Stärke unserer lokalen Grünen Hochschulgruppen ist es Probleme zu erkennen und konkrete Schritte zu einer verbesserten Umwelt zu erarbeiten. Grüne Hochschulgruppen leisten außerdem wichtige Bildungsarbeit, bilden Bündnisse und prägen den feministischen, antifaschistischen und klimagerechten Diskurs.

Als Grüne Studierende im Campusgrün Bundesverband verstehen wir uns nicht nur als studentischen Verband, sondern als politisches Subjekt. Zusammen haben wir den Anspruch die Gesellschaft von den Hochschulen aus, in ... oder mit Kooperationspartner*innen zu gestalten, bestehende Strukturen zu hinterfragen und Vorschläge für ein Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus vorzuschlagen.

Wir leben Demokratie auf den kleinsten Ebenen und organisieren uns dabei bundesweit um eine gesellschaftliche Demokratisierung vorzuleben und weiter einzufordern. Alternativ: Wir leben Demokratie! Von der kleinsten lokalen Ebene bis zum bundesweit vernetzten Verband leben wir diese nicht nur vor, wir fordern sie jeden Tag aufs Neue ein. Wir sehen in Hochschulen und Universitäten einen wichtigen Baustein für eine freie und solidarische

Gesellschaft. Deswegen müssen auch die Hochschulen und Universitäten Freiheit und Solidarität vorleben.

Als Studierende sehen wir uns nicht als Konsument*innen eines Ausbildungsprogramm für Kapital und Markt, sondern als Wissenschaftssubjekte, die aktiv an Wissenschaft teilhaben, die Wissenschaft und den Wissenschaftsbetrieb kritisieren, proaktiv verbessern und dabei einen unabdingbar wichtigen Anteil leisten. Gerade als feministischer Verband arbeiten wir an einer Neuorganisation der Hochschulstruktur und Hochschuldemokratie.

Partizipative Demokratie

Immer wieder ist die Hochschuldemokratie Spielball gesellschaftlicher Konflikte. Im Nationalsozialismus wurden die jungen Studentenschaften zur Speerspitze von Faschismus und nahmen zahlreich an Bücherverbrennungen teil. Als Studierende tragen wir die große Verantwortung, dass sich so etwas nie wieder wiederholen darf.

In den 1968ern wurden Studierendenbewegungen zum zentralen Ort gesellschaftlicher Debatte und Veränderung. An vielen Hochschulen wurde so endlich echte Partizipation von Studierenden, die Gruppenuniversität, in der wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Studierende zumindest ein Stück weit einbezogen werden, ist ein Meilenstein im Kampf für eine demokratisierte Gesellschaft. In vielen Bundesländern wurde dies nie vollständig verwirklicht.

Mit steigendem Ökonomisierungsdruck steht die Hochschuldemokratie wieder verstärkt auf dem Spiel. Hochschulräte gewinnen an Bedeutung gegenüber dem akademischen Senat, Bologna nimmt den Studierenden die Möglichkeit die theoretischen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, ohne ihr Studium zu gefährden. Daher fordern wir z.B., dass an jeder Hochschule alle Gruppen Entscheidungsgremien an jeder Hochschule paritätisch vertreten sind. besetzt werden.

Doch wir wollen mehr:

Hochschulen sind nur ein Teilbereich, welcher demokratische Reformen benötigt. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle Lebensbereiche demokratische Strukturen erhalten und somit von einer gesamtgesellschaftlichen Partizipation die Rede sein kann. Neben Hochschulen braucht es daher auch in anderen Bildungseinrichtungen, wie Schulen, eine echte

Vertretung. Darüber hinaus wollen wir auch, dass unser Arbeitsleben nach unserer Ausbildung demokratisch gestaltet ist.

Ein zentrales Anliegen von uns ist, dass es flächendeckend verfasste Studierendenschaften gibt, in denen Studierende eigenständig und demokratisch über ihre Anliegen entscheiden. Dazu braucht es Landes Studierendenschaften und eine Bundes Studierendenschaft. Der freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs) e.V. spielt als Kooperationspartner*in und als bundesweiter Verband eine unabdingbare Rolle. Um unsere Interessen vertreten zu können, stehen wir dafür ein, dass Studierendenschaften ihr politisches Mandat aktiv ausüben können.

Ökologische Gerechtigkeit

Aufbruch aus der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik – hinein in den nachhaltig klimagerechten und gemeinwohlorientierten Hochschulraum.

Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut die ökologische Gerechtigkeit darauf auf, den Menschen als Bestandteil der Natur und nicht als losgelöst von dieser aufzufassen. Diese wechselseitige Beziehung gilt es grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit anderen Lebensformen zu gestalten. Nur so kann die und im Einklang mit den Tieren und Pflanzen zu gestalten. Das muss im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden, denn dieses reduziert die nichtmenschliche Natur seit jeher zu einer ausbeutbaren Ressource und unterwirft so alle Lebewesen der zerstörerischen Akkumulation. Nur dagegen kann die Natur langfristig als Lebensgrundlage des Menschen und um ihrer selbst willen geschützt und erhalten werden. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer gesunden, lebenswerten Mitwelt.

Campusgrün als Zusammenschluss zahlreicher grün-alternativer Listen im evidenzbasierten Wissenschaftskosmos erkennt die Veränderungsnotwendigkeiten in der Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegungen. Dabei wollen wir insbesondere die Hochschulen, sowie Studierenden- und Studentenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns der Verantwortung die

Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Die radikal-ökologischen Positionen in den Studierendenschaften und den grün-alternativen Hochschulgruppen sollen dabei über die bestehenden Satzungs- und Ordnungsvorschriften hinaus umgesetzt und von dort aus in den Diskurs getragen werden. Außerdem kämpfen wir für eine gesellschaftlich breit getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie, die frei von Ausbeutungsverhältnissen, undemokratischer Machtverhältnisse und Ausgrenzung ist und das Zusammenleben in einer solidarischen Gemeinschaft ermöglicht.

Der Aufbruch aus dem kurzsichtigen Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden und Ressourcen verbrennenden Zeitalter des Kapitals muss in den Arbeitsstrukturen, den landes-, wie bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften, sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden.

Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig ausgestaltete und ökologisch ausfinanzierte Hochschulen sowie Studierendenwerke. Diese müssen in der Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und Forschungsinstrumentenpark sozial gerecht und klimaneutral produziert sowie betrieben werden. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV, Sharing-Konzepte und einen Ausbau der Radinfrastruktur. Das Ernährungsangebot sollte regional, saisonal und fair hergestellt sein.

Die Energie- und Verkehrswende muss partizipativ für alle sein und transparent dokumentiert werden. Die „Problembewusstsein-Verhaltens“-Lücke durch die Förderung pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und dem Aufzeigen von Alternativen in interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen forciert werden.

Zu unserer Vision gehört die offene Bildung für eine klimagerechte Zukunft. Hier muss insbesondere ein kritischer Fokus gelegt werden auf: Scheinlösungen durch technischen Fortschritt, das Propagieren einer sogenannten green economy und Entwicklungsdiskurse, bei denen Abhängigkeitsverhältnisse verstetigt werden.

Die gesellschaftliche Vermittlung wird basisdemokratisch organisiert, dabei werden alle hochschulpolitischen Institutionen zur Einhaltung und Umsetzung verpflichtet. Universitätsangestellten. Die Wirtschaftsdemokratisierung wird wissenschaftlich vorbereitet und gegen Konzerninteressen eingefordert. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV und einen Ausbau der Radinfrastruktur, um die Ziele des Pariser Abkommen zu erreichen.

Solidarität & Bildung ohne ökonomische Zwänge

Inklusiv, sozial & antikapitalistisch:

Campusgrün lehnt sich gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden im bestehenden Abhängigkeitsverhältnis zu den akademischen Strukturen auf. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und seine Gesundheit* stärken - auch für das Leben nach dem Studium. Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär Privilegierte sein und muss allen barrierefrei zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen Bedingungen gesichert sein.

Deshalb fordern wir: Der Hochschulraum muss Austeritätsüberlegungen widersprechend OpenSlides - Präsentations- und Versammlungssystem ausfinanziert sein, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander im Weg steht.

Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab und die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten, dynamisch und ausreichend finanzierten Vollzuschuss für alle Student*innen, der nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus geht, ab. Für alle Beschäftigten an den Hochschulen fordern wir gerechte Arbeitsbedingungen. Für Studierende bedeutet das vor allem ein mindestens tariflich abgesicherter (Stunden-)Lohn, der die Studienfinanzierung (durch BAföG) ergänzen sollte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland ebenfalls während des Studiums selbstständig beschäftigt tätig sein dürfen.

*Anm.: nach WHO Definition)

Antifaschismus

Die große gesellschaftliche Herausforderung

Die zunehmende Zahl antisemitisch und rassistisch motivierter Anschläge zeigen, wie nötig antifaschistische Arbeit ist. Rassismus und Antisemitismus sind in Deutschland kein Randphänomen und müssen aktiv bekämpft werden.

Diese Problematik gewinnt in Anbetracht von „Querdenkern“, die durch und durch wissenschaftsfeindliches Auftreten Nationalist*innen, Rassist*innen und Antisemit*innen offen eine Bühne bieten, rasant an Aktualität. Der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus scheint hierin sein Pendant auf der Straße gefunden zu haben. Antifaschistische Theorie und Praxis sind gerade dann nötig, wenn die selbsternannte "Mitte" der Gesellschaft angesichts progressiver Bewegungen reaktionär mit der extremen Rechten kollaboriert.

Unser Ideal einer Hochschule und Gesellschaft ohne Diskriminierung

In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation und der gesamten Gesellschaft darf kein Platz für Faschist*innen, Rassist*innen und Antisemit*innen sein. Um solchen Kräften den Raum zu nehmen, müssen Hochschule und Studium am Grundsatz der Gleichheit organisiert werden.

Damit dieser Grundsatz gelebt werden kann, bedarf es aber struktureller Änderungen. Ganz grundlegend gehört dazu die finanzielle Absicherung Studierender durch flächendeckendes und elternunabhängiges BAföG und Wohngeld. Außerdem müssen die Hochschulen durch egalitäre Lehre für Gleichheit unabhängig von Diskriminierungsmerkmalen eintreten. Studentenverbindungen und insbesondere Burschenschaften dürfen kein Platz an Universitäten haben und so weder in die Matrikel aufgenommen noch als Hochschulgruppen anerkannt werden.

Das Hinnehmen von Ungleichheiten, ohne dagegen vorzugehen bedeutet für uns, deren Fortbestehen zu gewährleisten. Deshalb setzen wir uns auch über die Hochschule hinaus gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung ein.

Die Rolle von Hochschulen und Forschung

Wissenschaft muss analysieren, wie rechte Einstellungen immer wieder in hegemoniale Positionen kommen. Hierfür muss der Grundsatz gelten: Wissenschaft ist sehr oft politisch, ob sie es will oder nicht. Ihre Wahrnehmung und Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprungs abliefern. Gesteht man sich das ein, muss das „objektiv Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und definiert werden.

Lehre muss in diesem Kontext so organisiert werden, dass die Beschäftigung mit Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus etc. Standard in der Ausbildung ist. Gerade die Tatsache, dass Hochschulen nicht nur in ihrem eigenen Wirkungskreis tätig sind, sondern als Triebfeder für gesellschaftlich progressive Entwicklungen die Gesellschaft verändern können, unterstreicht die Wichtigkeit dieser Forderung. Dazu gehört auch ein verstärkter Fokus auf Demokratiebildung und das Aufzeigen und Entkräften rechter und faschistischer Argumentationsstrukturen.

Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass Aufgabe von antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen verfasst sein müssen, um ein Widererstarken des Faschismus zu verhindern“* Wir setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte gesellschaftlicher (studentischer) Bewegung in umfassender Form gefördert wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können. Dabei sollten die Hochschulen offen vorgehen und sich in der Öffentlichkeit klar von denjenigen distanzieren, die Forschung und Lehre offen zu diskreditieren versuchen.

*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

Internationalismus

Wir alle leben auf einem Planeten und dabei sollte es keinen Unterschied, egal auf welchem Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler Kooperationen und Konflikten, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen Öffentlichkeit müssen wir die engen Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mag, eine Rückkehr zur Isolation und Nationalismus lenkt lediglich von den Problemen ab und lässt diese nur noch größer werden. Vielmehr sollten wir die Vielfalt und Vernetzung einer globalen Menschheit als

Chance sehen, alte Konflikte beizulegen und eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches Studium müssen dazu beitragen Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und sich mit Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigen werden. Die Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Als CampusGrün setzen wir uns deshalb für die Verankerung einer Zivilklausel in Universitätsleitbildern und Hochschulgesetzen ein.

Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt auszuweiten. In diesem Sinne lehnen wir die Aufrüstungsanstrengungen der NATO-Mitglieder, die die eigene Vorherrschaft sowie den Ressourcen- und Marktzugang in allen Ländern der Welt sichern sollen, ab. Wir setzen uns für eine Verringerung des deutschen Verteidigungshaushalts ein. Damit soll zunächst die Nichtangriffsfähigkeit der Bundeswehr erreicht werden und langfristig die Umwandlung des Verteidigungshaushaltes in einen Beitrag zur weltweiten gewaltfreien Konfliktbewältigung.

Allen Menschen ist die Mitgestaltung dieser Gesellschaft zu ermöglichen. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierten Gruppen und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. International heißt immer solidarisch zu sein!

Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und Ideen gemeinsam (egal, welcher Herkunft wir sind) und versuchen Räume zu schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

Feminismus und Gender

Gemeinsam kämpfen wir immer und überall gegen Patriarchat!

Frauen, Inter-, nicht-binäre und Trans*-Personen (FINT*-Personen) verrichten den größten Teil der (meist unbezahlten) Care-Arbeit. Mit der Zerstörung der Natur durch kapitalistische Produktions- und Konsumweisen wird der Lebensraum von abertausenden Menschen zerstört. Dies trifft die Care-Arbeiter*innen gerade in Gebieten des s.g. „Globalen Südens“ am härtesten: Sie sind es, die zuerst auf ihre (Lohn)Arbeit verzichten und sich um die Familie kümmern müssen - die wenigen Arbeitsplätze, die bleiben, erhalten Männer. Auch die Zahl der Todesfälle als Folge der Klimakrise liegt bei Frauen deutlich höher als bei Männern^[1]. Die Prekarität von FINT*-Personen, die vorher bereits vorherrschte, wird somit um Längen gesteigert: Bildungsmöglichkeiten und die dadurch entstehende Entwicklung zur Mündigkeit rücken weiter in die Ferne.

Generell ist Hausfrau zu werden ist noch immer ein Anspruch, der an weiblich sozialisierte Personen gerichtet wird, ohne auf ihre spezifischen Vorstellungen einzugehen. Wenn sie sich dennoch gegen dieses Konzept und für ein selbstbestimmtes Leben entscheiden, bleibt trotzdem meist noch immer ein Großteil der Haushaltsaufgaben für sie zu erledigen. In den vorherrschenden kapitalistischen Verhältnissen wird auch **BEZAHLTE** Care-Arbeit viel zu gering vergütet, da davon ausgegangen wird, dass aufgrund der emotionalen Komponente die Arbeit dennoch ernst genommen und ordentlich verrichtet wird.

Emotionale Kompetenz wird im Patriarchat nahezu ausschließlich weiblich gelesenen Personen zugeschrieben, weswegen sie besonders geeignet für Care-Aufgaben seien. Dieses Bild der Frau festigt die vorherrschenden, ökonomisch gekoppelten Machtverhältnisse und lässt wenig Spielraum dafür, s.g. „nicht-weibliche“ Interessen und Kompetenzen auszubilden. Dieses Bild der „Normalität“, welches ökonomisch von Männern abhängig macht, verurteilen wir aufs Schärfste!

Die schlechte Bezahlung sozialer Berufe resultiert aus deren geschlechterspezifischer Geringschätzung der Verwertbarkeitslogik, die im Kapitalismus vorherrscht. So ist das Ergebnis von Care-Arbeit kein Produkt, was anschließend verkauft werden kann. Care-Arbeiter*innen bringen somit keinen Gewinn, was ihren vermeintlichen Wert im kapitalistischen Sinne mindert. Trotzdem wäre ohne sie jegliche Art von Produktivität unmöglich, deshalb fordern wir als ersten Schritt die ausreichende Vergütung von Care-Arbeit! Die Folge der schlechten

Bezahlung ist oft eine finanzielle und damit auch soziale Abhängigkeit von Männern, wie sie im klassischen Familienbild vorherrschen und durch überholte Strukturen wie Teilzeitmodelle und Ehegattensplitting zementiert werden.

Aus diesen patriarchalen Strukturen und der daraus folgenden Unterdrückung, resultieren toxische Männlichkeiten, Besitzansprüche auf weiblich konnotierte Körper, RAPE CULTURE und sexualisierte Gewalt. Globale feministische Bewegungen wie #MeToo und #NiUnaMenos haben diese strukturell bedingten Gewalttaten kürzlich thematisiert und bekämpfen sie noch immer. Ihren Forderungen schließen wir uns an! Diese teils traumatisierenden Erlebnisse bleiben auch nicht aus dem Hochschulalltag fern. So werden auch in universitären Kontexten FINT*-Personen angegriffen und diskriminiert. Dies geschieht aufgrund von Strukturen, in denen Männer zumeist an der Spitze von Hierarchien stehen. So ist zum Studienbeginn der weibliche Anteil noch größer als der männliche, mit jeder höheren akademischen Stufe schrumpft er immer weiter bis zu hochdotierten Professuren, in denen meist nur Männer anzutreffen sind.

Problematisch ist insbesondere, dass das Anknüpfungsmerkmal, anhand dessen diese Unterschiede sich manifestieren, aus einem biologistischen Verständnis hervorgeht. Wir gehen davon aus, dass Geschlechtszugehörigkeit gesellschaftlich konstruiert ist und stellen uns gegen das binäre Verständnis von Geschlechtlichkeit. Angesichts dessen erscheint die Benachteiligung von Menschen, die dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden, umso bizarrer.

Die Unterdrückung durch das Patriarchat erstreckt sich also nicht nur auf Frauen, sondern ebenfalls auf Trans*-, Inter- und Nichtbinäre Personen. Diese sind häufig nicht nur verbalen und psychischen Angriffen ausgesetzt, sondern auch immer wieder physischen Aggressionen. Unser Ziel ist es also, kapitalistische und patriarchale Strukturen zu bekämpfen und zu überwinden, da nur mit der Befreiung von FINT*-Personen eine gleichberechtigte, solidarische Gesellschaft erreicht werden kann!

Verantwortungsvolle Wissenschaftspraxis

ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT

Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und das gute Leben für alle sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen. Dafür muss sie staatlichen wie wirtschaftlichen Einflüssen Widerstand leisten um das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

Die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Forschung statt wissenschaftlicher Selbstbestimmung, das Einführen von Management ähnlichen Strukturen, die zum Abbau demokratischer Selbstverwaltung führen sowie eine Verstetigung von Zugangshürden statt einer inklusiven Öffnung des Bildungssystem führt in der Gesellschaft zum Gefühl des Käuflichen, und diskreditiert die Gesamtheit der Wissenschaft.

Wir erkennen an, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung immer zugleich Produkt und Produzent gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe ist. Themen aus dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden.

Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt, in welcher Breite sie Fuß fassen und wie sie bewältigt werden können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein- aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft auf gar keinen Fall legitim! Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, Pandemien, Exklusionsmechanismen, Veränderungen der Arbeitswelt sowie soziale Spaltungen benötigen eine demokratische und reflektierte, die sich den Normen einer demokratischen pluralen Gesellschaft sowie dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die demokratische Pluralität muss sich in der demokratischen Mitbestimmung auf Hochschulebene niederschlagen. Die resultierenden politischen Diskurse sind ebenso notwendig wie die Autonomie von Hochschulen gegenüber übergeordneten politischen Organen. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-prekäre und allseitig inklusive Beschäftigungsverhältnisse.

Wettbewerb um die Vergabe von Geldern darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen

von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in allgemein verständliche Sprache übersetzt in die Gesellschaft hineingetragen werden sowie für jede*n frei zugänglich sein.

Wir stellen uns gegen ein Verständnis von Transfer, das die Third Mission allein auf den Technologietransfer und die (privat-) wirtschaftliche Ausnutzung der Erkenntnisse in Form des Gründens von Start up's vorsieht. Für die regionale Akzeptanz von Hochschulen ist mehr als das Schaffen von Arbeitsplätzen und isoliertem Wissenschaftsbetrieb notwendig. Eine Verankerung wird nur erreicht mit offenen Begegnungsräumen, einem engen Kontakt mit den Menschen vor Ort und dem beschäftigen mit in der Region vorliegenden Problemlagen.

Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, an der Hochschule und darüber hinaus, mit friedlichen Mitteln und gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht Wege friedlicher Konfliktlösung und Möglichkeiten des gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung und Konfliktprävention stärker zu fördern.

Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können. Hochschulen ein Ort der Verantwortung für einander werden, anstatt militärische mit dem Ziel der Profitsteigerung der Industrienationen zu fördern. Wissenschaft und Forschung bedeutet dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und – Verantwortung zu übernehmen; wieder den Profitinteressen!